Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".** [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.,** für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.,** auswärtige Anzeigen **20 Pfg. Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9** Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52 **Sonnabend den 2. März 1901.** 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ein Zentrumsmäntelchen für die Volksausbeuter.

= Die freche Siegeszuversicht der agrarischen Volksausbeuter beruht auf dem Umstande, daß das Zentrum, die stärkste parlamentarische Partei, die den entscheidenden Theil in der Zollfrage bildet, sich für den junkerlichen Brodwucher entschieden hat. Es folgt den Junkern durch Dick und Dünn in dem Raub- und Beutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes. Aber das Zentrum verdankt seine politische Machtstellung in ganz wesentlichem Maße der Unterstützung der katholischen Industriearbeiter Deutschlands. Stößt es diese vor den Kopf, dann erhält seine parlamentarische Macht leicht Schläge, von denen die Zentrumshelden sich nie wieder erholen würden. Die katholischen Industriearbeiter aber werden es sich ganz bestimmt nicht gefallen lassen, daß man ihren Familien das ungeheure wucherische Opfer der Brodvertheuerung im agrarischen Interesse auferlegt. Das Zentrum befindet sich so in einer argen Zwickmühle. Seine bäuerlichen Wähler sind aufgestachelt worden durch die jahrelange agrarische Agitation, der die politischen Kapläne des Zentrums weitgehende Konzessionen gemacht haben. Die Bauern wollen jetzt vom Zentrum agrarische Thaten sehen! Das Zentrum muß sich aber auch die Industriearbeiter zu Freunden halten! Aus dieser Zwickmühle will es herauskommen durch jene Kompromiß- und Schaukelpolitik, wie es sie bisher bei allen Volksbelastungen betrieben hat. Mit irgend einer Konzession an die Dummen sucht es den Leuten Sand in die Augen zu streuen.

Das Zentrum will den katholischen Industriearbeitern die Erhöhung der Kornzölle dadurch annehmbarer gestalten, daß es vorschlägt, eine Arbeiterwittwen- und Waisenversicherung zu schaffen. Damit sollen die wahlzettelbewehrten Hintersassen der Zentrumskapläne beruhigt werden. Nun giebt es zwei Möglichkeiten; entweder, das Zentrum treibt bloße Spiegelfechterei und bringt eine solche Forderung im Reichstag ein in der sicheren Aussicht, daß die Regierung sich nicht darauf einläßt, oder aber es betreibt die Wittwen- und Waisenversorgung ernsthaft und will den durch den Brodwucher beraubten Arbeitern ein unbeträchtliches Almosen spenden. In beiden Fällen verdient der Vorschlag die Beachtung unserer Presse.

Die Arbeiterwittwen- und Waisenversorgung, die sog. Reliktenversorgung, ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Niemand steht heute schutz- und hülfloser da als die Frau und die Kinder des Arbeiters, wenn der Mann infolge einer Krankheit, die nicht mit einem Betriebsunfall zusammenhängt, somit die Hinterbliebenen nicht entschädigungsberechtigt macht, verstirbt. Die Lage der Arbeiterwittwe ist eine viel traurigere als gemeinhin angenommen wird. So ist die Sterblichkeit der Wittwen eine um 20,30 Proz. und noch mehr größere, als die noch verheiratheter Frauen. Um die Altersstufen von 40 und mehr Jahren herauszugreifen, so starben auf je 1000 verheirathete verwittwete und geschiedene Frauen einer bestimmten Periode im Alter von

	in Preußen		in Bayern	
	verh.	verwittw.	verh.	verwittw.
40—50 Jahren	11,2	12 2	11,7	14,0
50—60 „	18,5	23,0	18,5	23 4
60—70 „	38,7	46 4	42,7	50,4
70 u. m. „	93,7	124,8	109,4	140,4

Die Sterblichkeit der Wittwen überragt also die der noch verheiratheten Frauen ganz ungeheuer; ebenso ist die Zahl der Geisteskranken, der Selbstmörderinnen, der Verbrecherinnen bei den Wittwen größer. Es sind stellenweise grausige Ziffern. 1883—1890 kamen in Preußen auf 100 000 verheirathete Frauen 10 Selbstmorde, auf die gleiche Zahl von Wittwen 19,4 und Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze wurden gezählt auf 100 000

im Alter von	verheir. Frauen	Wittwen u. Geschied.
25—30 Jahren	455	1149
30—40 „	500	1030

Was die Waisen betrifft, so hat der bekannte Psychiater Aschaffenburg in Heidelberg festgestellt, daß sie das hauptsächlichste Kontingent für die Prostituirtenarmee der Großstädte stellen.

Trotzdem hat das Reichsamt des Innern sich unserm Verlangen, eine Reliktenversorgung einzuführen, beständig widersetzt. Jetzt, da die Arbeiterfamilien mit Hungerzöllen belegt werden sollen, meldet sich plötzlich das brave „arbeiterfreundliche" Zentrum. Der neugewählte Reichstags-Abgeordnete für Aachen, Volksschullehrer Sittart, hat jüngst in einer öffentlichen Rede mit dem Brustton der Ueberzeugung verkündet: „Ein Theil der Zollerhöhungen wird von den Arbeitern getragen; deßhalb müssen die Erträgnisse der Getreidezölle Denen wieder zukommen, welche am meisten dazu beitragen, das sind die Arbeiter. Im Namen der Zentrumspartei kann ich Ihnen erklären, daß die Erträgnisse aus den Getreidezöllen nicht auch nur zu einem kleinen Theile in den Staatssäckel fließen, sondern daß sie zur Schaffung einer Wittwen- und Waisenversicherung für unsere Arbeiter verwendet werden sollen." Also gesprochen zu Aachen. Amen!

Nach der ganzen Form, die diese Erklärung hat, scheint Herr Sittart nicht „aus dem hohlen Fasse heraus", sondern thatsächlich namens des Zentrums geredet haben. Es liegt den Herren Lieber-Groeber-Bachem offenbar daran, für ihre Förderung der agrarischen Hochschutzzöllnerei und des ruchlosen Brodwuchers im Besonderen, Entlastung zu erhalten durch eine dick unterstrichene Arbeiterfreundlichkeit. Und es ist eine richtige Zentrumsarbeiterfreundlichkeit, die den Armen mit Scheffeln nimmt und mit Löffeln wiedergiebt. Was nützt der Arbeiterklasse, im Ganzen und oekonomisch betrachtet, die Unterstützung von ein paar Zehntausenden Arbeiterwittwen mit ihren Kindern, wenn dabei die Belastung durch den Getreidezoll, den dieselben Wittwen mit ihren Kindern, als Brodesser, ebenfalls zu tragen haben, verdoppelt oder gar verdreifacht wird?

Die Belastung der fünfköpfigen Arbeiterfamilie durch Zölle und indirekte Steuern beträgt gegenwärtig pro Jahr etwa 86 Mark. Es ist ohne Weiteres klar, daß die von den Agrariern erstrebte Hinauftreibung der Getreidezölle auch nur auf eine Höhe von 6 50 Mk. bis 7,50 Mk. der wichtigsten Getreidearten, diese Belastung auf weit über 100 Mk. pro Jahr steigern wird. Und das in einer Zeit, da alle Geschäfte darniederliegen und der Arbeiter seine Lebenshaltung aufs Aeußerste einschränken muß! Durch die Wittwen- und Waisenversicherung wird an der Belastung der Arbeiterfamilien nicht das Mindeste gebessert, wie sich leicht nachweisen läßt.

Ein der Richtung des Zentrums nicht sehr fernstehender süddeutscher Statistiker, Dr. Friedrich Prinzing, hat vor einiger Zeit, vielleicht nicht ohne Zusammenhang mit der jetzigen klugen Zentrumspolitik, in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" über die Wittwen- und Waisenversicherung eine Berechnung aufgemacht. Er berechnet — das umfassende Zahlenmaterial lassen wir hier außer Betracht — daß eine deutsche Wittwen- und Waisenversicherung zu versorgen haben würde

im 1. Jahre	50 000 Wittwen	mit	94 000 Kindern
„ 2. „	98 000 „	„	181 000 „
„ 3. „	146 000 „	„	262 000 „
und schließlich fortlaufend	750 000 „	„	1 150 000 „

Diese Wittwen- und Waisenversicherung würde schon beträchtliche Kosten verursachen. Die Kosten berechnet Dr. Prinzing wie folgt:

im 1. Jahre der Versicherung rund	7,0	Millionen Mk.
„ 3. „ „ „ „	32 3	„ „
„ 5. „ „ „ „	56,8	„ „
schließlich fortlaufend jährlich	111,3	„ „

Diese Kostenrechnung von 111 Millionen Mk. kann man als durchschittlich zu Grunde legen. Nun hat der neue Reichsetat die voraussichtlichen diesjährigen Einnahmen aus dem Getreidezoll auf 114 Millionen Mark veranschlagt. Die Versicherung würde also bereits den ganzen Voranschlag verschlingen und da die Getreidezollerhöhung keine Mehreinfuhr von Getreide, sondern eine Verringerung derselben bringt, wird auch der Getreidezoll keine Einnahme über 200 Millionen Mark für die Reichskasse bringen. Den ganzen Vortheil stecken eben die Junker in die Taschen, denen die Entclößung Deutschlands von ausländischem Getreide gestattet, den Getreidepreis zu ungeheurer Höhe zu treiben. Also auch unter der Zollerhöhung wird, wenn die Wittwen- und Waisenversicherung Gesetz würde, die Regierung aus den Getreidezöllen weniger ziehen als heute. Glaubt das Zentrum im Ernst, daß sich die militaristische Regierung darauf einlassen würde?

Und selbst wenn dies der Fall wäre, was hätte dann die Arbeiterklasse erreicht? Dr. Prinzing legt seiner Kostenrechnung von 111 Millionen Mark zu Grunde: daß jede Wittwe jährlich 80 Mark, jedes Kind jährlich 40 Mark Rente erhalten solle. Das macht auf den Tag für jede Arbeiterwittwe **22** Pfg., für jedes Kind **11** Pfg. Unterstützung!

Ein elender Bettelpfennig! Man nimmt den Arbeiterfamilien mit vollen Händen durch Getreidezoll und erhöhten Getreidepreis und giebt ihnen ein paar Pfennige Unterstützung wieder!

Fürwahr, die Arbeiterklasse hat alle Ursache, dieses schäbige Zentrumsmäntelchen den Volksausbeutern herabzureißen. Auch mit der Wittwen- und Waisenversorgung bepackt, bleibt der Junker Verlangen schamloser Brodwucher. Und deshalb: weg mit ihm!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 28. Februar 1901.

Der Reichstag setzte heute die Berathung des Militäretats fort. Naturgemäß zeigte die Debatte einen starken Zug, sich in Einzelauseinandersetzungen zu zersplittern, da die drei grundlegenden Fragen schon an den vorigen Tagen beim Gehalt des Kriegsministers erörtert worden waren. Mängel der Militärjustiz, namentlich aber den häufigen Ausschluß der Oeffentlichkeit, brachte der Freisinnige Beckh-Koburg zur Sprache; was Kriegsminister v. Goßler antwortete, war sehr matt. Mehrere Resolutionen, die die Verbesserung der Lage subalterner Militärs bezwecken, wurden angenommen. Genosse Wurm erzählte ein nettes Stückchen aus dem Musterstaat Sachsen: irgendwo in einem sächsischen Schilda ist ein Wirth mit dem Militärboykott bedroht worden, falls er die General-Versammlung eines dortigen Konsumvereins in seinem Lokal abhalten lasse! Bezeichnenderweise schwiegen sich die anwesenden Vertreter des Militärs über diese Angelegenheit aus. Der Konservative Jacobskötter, gewiß ein unverdächtiger Zeuge, berichtete über militärische Lohndrückereien. Innungen, deren Mitglieder für die Armee Arbeit bekommen sollten, muthete man zu, sich mit den für Zuchthaus- und Gefängnißarbeit gezahlten Preisen zu begnügen. Beim Titel „Militär-Apotheker erregte der alte Freisinnige Hermes, der als Militär-Apotheker gedient, große Heiterkeit mit der Schilderung der phantasievollen Uniform, die er in dieser seiner sodatischen Eigenschaft — allerdings schon vor 40 Jahren — getragen habe.

Morgen steht die Fortsetzung und event. der Schluß der Berathung des Militäretats und außerdem der Etat der Zölle und Verbrauchssteuern auf der Tagesordnung.

58. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Goßler.

Die zweite Berathung des Militäretats wird fortgesetzt beim Kap. Militärjustizverwaltung.

Beckh-Coburg (FVp.) kritisirt die Herübernahme des spezifisch preußischen Instituts des Gerichtsherrn in die Reichsmilitärstrafprozeßordnung. Durch einzelstaatliche Verordnungen sind diesem „Gerichtsherrn" noch weitere Befugnisse eingeräumt, als ihm schon nach dem Gesetz zustehen. Selbst bei nach dem Urtheil des Gerichts infamirenden Verbrechen kann der Gerichtsherr die Strafe erlassen. Durch dies Institut des „Gerichtsherrn" wird das Begnadigungsrecht der Krone auf einzelne Generale übertragen. Der Reichstag darf es nicht dulden, daß in dieser Weise die Kommandogewalt über die Entscheidungen der Gerichte gestellt wird. (Sehr richtig! links.) Sehr zu bedauern ist es, daß die Oeffentlichkeit der Militärgerichtsverhandlungen ausgeschlossen sein soll, wenn die militärischen Interessen es verlangen. Das ist ein sehr dehnbarer Begriff. In einem Fall in Breslau ist die Oeffentlichkeit auf Antrag der Anklagebehörde ausgeschlossen worden, obwohl es sich nicht um eine Beleidigung, sondern um eine Urkundenfälschung und Betrug seitens eines Offiziers handelte. Hier ist also die Oeffentlichkeit lediglich im Interesse des einzelnen Offiziers und nicht im Interesse des Dienstes ausgeschlossen worden. Das widerspricht der Gerechtigkeit und auch dem Wortlaut des Gesetzes.

Kriegsminister von Goßler: Ich habe nicht geglaubt, daß schon jetzt eine derartige Kritik an der neuen Militärstrafgerichtsordnung geübt würde. Das Gesetz ist sehr eingehend berathen worden, und der Reichstag hat sich mit der Institution des Gerichtsherrn, die sich in Preußen durchaus bewährt hat, einverstanden erklärt.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „höhere Truppenbefehlshaber" fragt Abg.

Hausmann-Böblingen (südd. Vp.) an, ob nicht im Interesse der Landwirthschaft die Dienstzeit bei der Kavallerie herabgesetzt werden könne.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kap. „Geldverpflegung der Truppen" bean-

tragt die Kommission, die hier vorgesehene Schaffung eines Regimentsstabes für die den verschiedenen Kavallerieregimentern als Meldereiter angegliederten Jäger zu Pferde zu streichen.

Das Haus beschließt debattelos demgemäß.

Zum Titel „Roßärzte“ beantragt die Kommission eine Resolution, die baldmöglichste Erhöhung der Gehälter der Korps-Roßärzte und Unterärzte verlangt.

Dr. Paasche (NL) befürwortet die Resolution.

Dr. Müller-Sagan (FVp.) spricht sich gleichfalls für die Resolution aus, bedauert aber, daß die Oberroßärzte in der Resolution nicht aufgeführt seien, die der Gehaltsaufbesserung dringend bedürfen.

Die Resolution wird mit der vom Abg. Müller-Sagan (FVp.) gewünschten Einschaltung „Oberroßärzte“ angenommen.

Zum Titel 7 „Mannschaften“ beantragt die Kommission eine Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die Stabshoboisten in die Servisklasse der Feldwebel versetzt werden.

Jakobskötter (K.) beklagt sich darüber, daß Arbeiter auf 8 Wochen eingezogen worden seien, um als Oekonomiehandwerker zu dienen. Der Einwand, daß sonst keine Arbeiter zu bekommen gewesen wären, ist nicht stichhaltig. Auf eine Resolution des Reichstages vom vorigen Jahre, freie Arbeiter zu solchen Arbeiten zu verwenden, hat der Kriegsminister Versuche nach dieser Richtung gemacht und die Versuche sind durchaus günstig verlaufen.

Kriegsminister v. Goßler: Wir befanden uns, als wir die Einziehungen vornahmen, infolge der Vorbereitungen zum Chinafeldzuge in einer Nothlage. Im Uebrigen habe ich schon in der Budgetkommission erklärt, daß gerade ich gegen die Beschäftigung der Oekonomiehandwerker bin. Die Zahl derselben ist im letzten Jahre von ca. 8000 auf 5000 vermindert worden.

Jacobskötter (K.) erklärt das Zurückgehen der Zahl der Oekonomiearbeiter damit, daß mehr Maschinen zur Anfertigung von Kleidungsstücken benutzt werden.

Bei Titel 13 „Dienstprämien für Unteroffiziere“ begründet Graf v. Carmer (K.) folgende Resolution:

„Der Herr Reichskanzler möge veranlassen, daß für Unteroffiziere, die nach zwölfjähriger Dienstzeit noch länger im aktiven Dienste bleiben, die ihnen zustehende Dienstprämie von 1000 Mk. an die Truppentheile zur Anlegung in zinstragenden Papieren des Reiches oder eines Bundesstaates sowie zur Verwaltung bei den Truppenkassen überwiesen werden, damit auch die Zinsen der Dienstprämie den Betreffenden bei ihrer Entlassung ausgezahlt werden.“

Die Abstimmung über die Resolution wird ausgesetzt, der Titel bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels im preußischen Etat. Es folgt das entsprechende Kapitel im sächsischen Militäretat.

Wurm (SD.) beklagt sich über die Boykottirung von Lokalen in Plauen im Voigtland durch die sächsische Militärverwaltung, weil der dort bestehende Konsumverein dort seine Generalversammlung abgehalten habe. Eine Beschwerde eines Wirthes an den Kriegsminister sei als unbegründet abgewiesen worden. (Beifall bei den Soz.)

Das Kapitel des sächsischen Etats wird hierauf bewilligt.

Es folgt das Kapitel „Naturalverpflegung“.

Müller-Sagan (FVp.) wünscht, daß den Soldaten einmal während ihrer Dienstzeit freie Reise in die Heimath gewährt werde und daß im übrigen bei Urlaubsreisen der Satz berechnet wird, der bei Abkommandirungen angewendet wird. Danach würde der Preis von 1,5 Pfennig pro Kilometer auf 1 Pfennig herabgesetzt werden.

Kriegsminister v. Goßler: Die einmalige freie Fahrt in die Heimath während der Dienstzeit wird sich kaum ermöglichen lassen. Dagegen ist das preußische Staatsministerium in der Frage der Herabsetzung des Urlaubstarifes auf 1 Pfennig vollkommen einig. Es handelt sich nur noch um die Zustimmung des Bundesraths. Dem Wunsche des Reichstages, daß die Löhnung während des Urlaubs möglichst fortgezahlt werde, wird seitens der Militärverwaltung gern entsprochen. Zur Zeit wird bei Urlauben von 14 Tagen bis 3 Monaten die Löhnung fortgezahlt.

Hahn (B. d. L.): Die Erklärung des Herrn Kriegsministers begrüßen wir mit Freuden. Ich hoffe, daß Soldaten nun auch häufiger zu Landarbeiten zugelassen werden.

Rißler (K.) begrüßt ebenfalls die Erklärung des Kriegsministers und schließt sich dem Wunsche des Abg. Dr. Müller-Sagan an.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Beim Titel „Mundverpflegung“ beantragt die Kommission, durch eine Resolution den Reichskanzler zu ersuchen, eine Abänderung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die Armee vom 13. Februar 1874 nach der Richtung in Erwägung zu ziehen, daß die Normalsätze für die Vergütung der Naturalverpflegung entsprechend dem heutigen Stand der Naturalpreise einer Revision unterzogen werden und hierbei auf diejenigen Gegenden besondere Rücksicht genommen wird, in welchen außergewöhnlich häufig Naturalverpflegung zu verabreichen ist.

Brodmann (Z.): Ich bitte das Haus, der Resolution zuzustimmen. Der Satz von 80 Pf. pro Tag und Mann reicht schon lange nicht mehr aus, sodaß die Gemeinden in meiner Heimath, die besonders häufig Einquartierungen bekommen, sich schon veranlaßt gesehen haben, Zuschüsse zu gewähren.

Cahensly (Z.) führt Beschwerde darüber, daß ein Dorf im Kreise Limburg a. L. unverhältnißmäßig mit Einquartierungen während der letzten Manöver überlastet worden ist.

Kriegsminister von Goßler verspricht, der Sache näher zu treten.

Gröber (Z.) empfiehlt gerade die Gegenden, in denen häufig Manöver abgehalten werden zur Berücksichtigung bei der Erhöhung der Vergütung.

Nachdem sich noch die Abgg. Dr. Hahn (K.) und Graf Oriola (NL.) für die Resolution ausgesprochen haben, wird der Titel mit der Resolution angenommen. Ebenso der Rest des Kapitels.

Beim Kapitel Garnisonverwaltungs- und Servisweesen verlangt

Werner (Antis.) Besserstellung der Kasernen-Inspektoren.

Das Kapitel wird bewilligt.

Zum Kapitel Militär-Medizinalwesen, Titel „Apotheker“ beantragt die Kommission folgende Resolution:

Der Reichskanzler möge erwägen, wie die Gehaltsverhältnisse der Militärapotheker zu verbessern, sowie deren Ausbildung und Rangverhältnisse anderweit zu ordnen sind und baldmöglichst entsprechend erhöhte Beträge für die Gehälter der Militärapotheker einstellen.

Graf Oriola (NL.) fordert bessere Ausbildung der Militärapotheker und entsprechendes Gehalt für dieselben.

Hermes (FVp.): Aus eigener Erfahrung muß ich bestätigen, daß es keine Kategorie im Heere giebt, die eine so sonderbare Stellung einnimmt, wie die Militärapotheker. Ich kann Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung vor 40 Jahren einiges mittheilen. Ich hatte eine höchst phantasievolle Uniform mit Achselklappen mit goldenen Litzen. (Heiterkeit.) Die Uniform durfte ich aber nur dann tragen, wenn ich nicht zu militärischen Dienstleistungen herangezogen wurde. (Heiterkeit.) Gleich bei der Einstellung erhielt ich den Rang als Vizefeldwebel und wurde auch dementsprechend gegrüßt, sogar viel mehr als nothwendig war (Heiterkeit), denn den Soldaten war meine Uniform unbekannt und sie hielten mich wegen der goldenen Litzen für etwas Hervorragendes (Heiterkeit). Wiederholt wurde, wenn ich an der Wache vorüberging, „raus“ gerufen (Große Heiterkeit) und ich wußte mir in der Verlegenheit nicht anders zu helfen, als daß ich wegschen abwinkte. (Erneute Heiterkeit.) — Doch Scherz bei Seite, die Stellung der Apotheker ist in der That unhaltbar. Ihre Rang- und Gehaltsverhältnisse sind dringend der Reform bedürftig.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso der Rest des Kapitels.

Nach debatteloser Erledigung einer Reihe weiterer Kapitel vertagt das Haus die Weiterberathung auf Freitag 1 Uhr. Außerdem Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Einer Herzenserleichterung bedarf Graf Bülow. Die noch ausstehende Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes im Reichstage wird — wie im Parlament, der „Berl. Börs.-Ztg.“ zufolge, erwartet wird — den Anlaß zu einer umfassenden Erörterung unserer gesammten auswärtigen Politik und insbesondere unseres Verhältnisses zu England geben. Der Reichskanzler wird gegenwärtig sein und wird die Gelegenheit — wie bekannt geworden — „mit besonderer Genugthuung“ aufgreifen, um Vieles, was er angesichts der herrschenden Unzufriedenheit auf dem Herzen hat, los zu werden. Verschiedene Abgeordnete werden aber auch manches haben, was sie „los werden“ wollen.

Die Kommission zur Berathung der Seemanns-Ordnung hat zwei volle Sitzungen ausgefüllt mit der Diskussion und Beschlußfassung über den § 111 der Seemannsordnung. Dieser regelt die Zuständigkeit der Seemannsämter des In- und Auslandes sowohl in Fällen zivilrechtlicher wie auch in strafrechtlicher Art. Abänderungsanträge waren nur von sozialdemokratischer Seite gestellt, die zwar fast alle abgelehnt, aber doch im Prinzip meist anerkannt wurden. Es wurden dadurch wenigstens einige kleine Verbesserungen erzielt. So z. B. in Bezug auf die Berufungsfrist bei Strafentscheiden der Seemannsämter, die Streichung der Forderung, daß bei vorläufig vollstreckbaren Bescheiden außer der erkannten Geldstrafe auch die event. Kosten gleich einzuziehen sind, die Beschränkung der Strafvollstreckung ausländischer Seemannsämter nur auf Geld-, nicht aber auf Freiheitsstrafen u. s. w. Außerdem wurde dem Paragraphen noch hinzugefügt, daß, „soweit das Verfahren vor den Seemannsämtern nicht durch die §§ 110 und 111 geregelt sei, dies durch eine Verordnung des Bundesraths zu erfolgen habe.“ Der Zusatz der Sozialdemokraten: „und dem Reichstage zur Kenntnißnahme vorzulegen,“ wurde abgelehnt. So hat diese Kommission das Kontrollrecht des Reichstags abermals verneint, dadurch, daß sie den diesbezüglichen Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt hat. Hoffentlich macht das Plenum bei der zweiten Berathung der Seemannsordnung diesen Fehler wieder gut.

Kleine politische Nachrichten. Im Reichstag hat das Zentrum den Antrag eingebracht, in der regelmäßigen Statistik über die Militärstrafen auch die Begnadigungen mit aufzunehmen. — In der 13 Kommission des Reichstags wurde Donnerstag die erste Lesung des Schaumweinsteuergesetzes beendet. Am Dienstag, den 5. März, beginnt in der Kommission die Berathung des Weingesetzes. — Die Verschleppung der Kanalvorlage wird mit allen Chikanen betrieben. Die Fluth der „Kompensationsforderungen“ in der Kanalkommission steigt zusehends. Jetzt haben die Abgg. Letocha (Z.) und Dr. Szumann (Pole) den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, im Interesse der Landeskultur und der Schiffahrt die Herstellung einer leistungsfähigen Wasserstraße von der Oder bei Tschicherzig im Laufe der faulen Obra, des Obra-Nord- und Südkanals, des Kostener Obra-Kanals nach der oberen Netze zum Gopio-See in Erwägung zu ziehen und die Vorarbeiten anfertigen zu lassen. — Der Landtag von Meiningen bewilligte einstimmig 350 000 Mk. für den Bau von Arbeiterwohnungen — Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen nahm mit allen gegen 5 Stimmen die für die Wiederherstellung der Hohkönigsburg geforderte erste Rate in Höhe von 150 000 Mk. an. — Die Stadtverordneten-Versammlung in Berlin nahm mit allen gegen 2 Stimmen die Petition der städtischen Behörden gegen die Erhöhung der Getreidezölle und für den Abschluß langfristiger Handelsverträge an. — „Im Interesse des Dienstes“ wird, wie polnische Blätter melden, vom 1. April ab wieder eine größere Anzahl polnischer Postassistenten, zumeist ältere Beamte, aus der Provinz Posen nach dem Westen der Monarchie versetzt. — Ein Attentat auf den russischen Unterrichtsminister wird Pariser Zeitungen aus Petersburg berichtet. Die Meldung lautet: Mittwoch Nachmittag, während der Unterrichtsminister einen Unbekannten in Audienz empfing, feuerte dieser einen Revolver auf ihn ab und verletzte ihn am Halse. Nähere Angaben fehlen zur Zeit noch. Man erfährt nur, daß der Attentäter ein Kleinbürger Namens Peter Karpowitsch aus Gomel ist. — Die Zahl der Ausständigen Hafenarbeiter in Marseille beträgt bereits 5000. Auch die Heizer drohen mit dem Ausstand. Mehrere Dampfer, die aus Korsika und Algier mit Lebensmitteln eintrafen, konnten ihre Ladungen nicht löschen; einer dieser Dampfer suchte deshalb den Hafen St. Louis du Rhone auf. — Die italienische Regierung hat sich eine Verletzung der Neutralität zu Schulden kommen lassen, indem sie England die Erlaubniß ertheilt hat, unter dem Vorwand, sie als Kolonisten nach Südafrika zu senden, italienische Bauern, namentlich aus den nothleidenden südlichen Provinzen, anzuwerben. Soeben kamen in Antwerpen abermals 500 Italiener an, um nach Harwich transportirt zu werden. Die Werber machten kein Hehl daraus, daß diese Leute den Truppennachschüben eingereiht werden sollen, welche England vorbereitet. — Brasilien hat die diplomatischen Beziehungen zu Portugal in Folge der bekannten Zwischenfälle abgebrochen. Die brasilianische Regierung hat ihren Konsul in Oporto angewiesen, sofort mit seiner Familie nach Brasilien zurückzukehren. — In Britisch-Ostafrika wurde die englische Somali-Expedition nach einwöchigem Marsche, auf dem sie 114 Meilen zurücklegte, beim Errichten eines Lagers von den Aufständischen überfallen. Es gelang, den Feind zurückzuwerfen, der 150 Mann verlor. Die Engländer hatten 17 Todte, darunter Maitland, und mehrere Verwundete. Die Kolonne kehrte nach Faf Madu zurück. — Der Verfassungskonvent von Cuba weigert sich, den Vereinigten Staaten von Amerika die Errichtung von Kohlenstationen zu gestatten. — Der Senat der Vereinigten Staaten hat am Mittwoch in einer Nachtsitzung mit 45 gegen 27 Stimmen das Amendement des Senators Spooner zu der Heeresvorlage angenommen, durch welches die Philippinen dem Präsidenten unterstellt werden. Die Mitglieder der republikanischen Partei stimmten allgemein für dieses Amendement, während die Demokraten opponirten. Ein Zusatzantrag, der die zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba bestehenden Beziehungen endgiltig regelt und die gegenüber Kuba zu beobachtende Verwaltungspolitik festsetzt, wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen. Gegen 1 Uhr früh wurde die ganze Heeresvorlage vom Senate genehmigt.

Oesterreich-Ungarn.

Skandalszenen im österreichischen Reichsrath. Aus Wien wird dem „B. T.“ gedrahtet: In der Reichsrathssitzung am Mittwoch hielt Abgeordneter Fräßl eine Rede zum Protokoll, von der er selbst sagte, sie werde acht Stunden dauern. Zwei Stunden ertrug das Haus ruhig die tschechische Rede, während welcher der zweite Vizepräsident das Präsidium führte. Endlich brach (der Deutschradikale) Schönerer das schwüle Schweigen mit der Frage: Ueber was sprechen Sie denn eigentlich? Das war das Signal zu einem Skandal, der mit höhnischen Reden begann und bald in saftige Grobheiten ausartete, an denen sich auch die deutschen Abgeordneten der Linken betheiligten. Nachdem Vetter von der Lilie den Vizepräsidenten abgelöst und den tschechischen Redner auch nicht zum Schweigen brachte, kam es dann zu einer förmlichen Rauferei. Stein und Wolf waren zu den Bänken der Tschechen gegangen, um Fräßl handgreiflich zu beweisen, daß seine tschechische Rede nicht zu ertragen sei. Die Tschechen kamen ihnen mit geballten Fäusten entgegen, und eine fürchterliche Balgerei folgte, während welcher der Lärm so groß war, daß man weder die Glocke, noch die Stimme des Präsidenten hörte. Die Sitzung wurde unterbrochen, aber der Streit dauerte wüthend fort. Abgeordneter Glöckner erklärte, jetzt müsse entschieden werden, ob die Tschechen arbeiten wollen oder hinausgeworfen werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach Fräßl noch ganz kurze Zeit, dann brach er seine Rede ab, und die Alldeutschen gaben sich zufrieden.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Nach angeblich zuverlässigen Nachrichten aus Kapstadt soll die Uebergabe des Generals Botha Donnerstag erfolgt sein. Doch ist eine Bestätigung dieser Nachricht im Kriegsministerium, das es doch zuerst wissen müßte, noch nicht eingetroffen. Die Nachricht verdient daher wenig Glauben und zwar um so weniger, als die englischen Meldungen sich später immer als arge Flunkereien herausstellen. So liegt heute ein neuer derartiger Fall vor. Die große Prahlerei von der „ungeheuren Beute“, welche General French gemacht haben wollte, wird durch die Nachricht entlarvt, daß es sich bei der Sache nur um einen glücklichen Fund, nicht um einen Mann gegen Mann errungenen Kampfespreis handelte. Die Londoner Blätter melden aus Standerton, die von dem General French erbeuteten Geschütze seien von den Buren vergraben gewesen und von Schützen aufgefunden worden, als man sich bemühte, die englischen Transportkolonnen über einen angeschwollenen Fluß zu schaffen. Ebenso sei auch eine große Menge Munition ausgegraben worden. General French habe die Schützen wegen ihrer „Findigkeit“ belobt. Und erst war die Beute den angeblich besiegten Buren auf der Flucht abgenommen worden! Die Privatmeldungen stellen überhaupt fest, daß die englischen Kolonnen im Transvaal durchaus nicht die Erfolge zu verzeichnen gehabt haben, welche das Hauptquartier (oder vielleicht das Londoner Kriegsamt) ihnen andichtet. Im Gegentheil soll Louis Botha mit seiner kleinen Armee, die er getrennt marschiren ließ, während er zugleich mit großem Geschick die Gesammtoperationen einheitlich zu gestalten wußte, seine englischen Gegner in so überlegener Taktik ausmanövrirt haben, daß die britischen Truppen trotz ihrer mehr als zehnfachen Uebermacht sich in größerer Bedrängniß befinden müssen, als man es in England wahr haben möchte. Das lustigste ist: man weiß anscheinend garnicht, wo Botha, der angeblich bereits mit Kitchener wegen Uebergabe verhandeln soll, sich befindet. Neuerdings, nach einem Telegramm des „Standard“ aus Pretoria vom 26. v. Mts. hätte Louis Botha die Delagoa Bahn mit einem kleinen Burenkommando überschritten und stehe jetzt nördlich von Middelburg. „Wahrscheinlich, heißt es weiter, ist er auf dem Marsche nach Viljoens Hauptquartier und dem Sitz der Burenregierung in der Nähe von Roosendaal.“ Wenn er um Frieden verhandelte, könnte man über seinen Aufenthalt nicht auf „Wahrscheinlichkeiten“ angewiesen sein. So bringt sich die skrupellose Lügenmache bei näherem Zusehen selbst um allen Glauben.

Dewet scheint sich der Umklammerung durch die englischen Truppen völlig entzogen zu haben; ja er scheint sogar erreicht zu haben, was er erstrebte: seine Vereinigung mit Hertzog, der zuerst in die Kapkolonie eingedrungen war. Reuter meldet aus Kapstadt: Dewet fand die Drift nördlich von Hopetown unpassirbar und wandte sich südlich. Detachirte Abtheilungen überschritten die Bahnlinie und nähern sich, scharf verfolgt, Petrusville. Ein späteres Telegramm meldet, Dewet sei im Anmarsch auf Philiptown. Präsident Steijn sei bei Dewet. Ebenso seien Hertzog und Brand zu ihm gestoßen. Wie dasselbe Bureau ferner aus Cradock vom 26. Februar berichtet, steckten die Buren am letzten Freitag die Station Roddehoogte an der Linie Rosmead—Graaff-Reinet in Brand. Es entspann sich ein heftiges Gefecht, die Buren wurden (angeblich) zurückgetrieben. An derselben Linie fand später bei Fatpoort ein Gefecht statt.

Zwei Mitglieder der Familie Krüger sind den Engländern zum Opfer gefallen. Nach einer Depesche des „Petit Bleu“ aus Utrecht erhielt Präsident Krüger Mittwoch ein Telegramm aus Pretoria, in welchem ihm der Tod seines Schwiegersohnes und seines Enkels, des Feldkornets Piet Krüger mitgetheilt wird. Beide gehörten zu dem Kommando des Generals Delarey und fielen in einem Gefecht, das jüngst in der Gegend von Rustenburg stattgefunden.

China.

Vom Chinawirrwarr. Wie Meldungen aus chinesischer Quelle besagen, sollen sechs Bataillone von den Truppen Yuan schikais unter dem Kommando des Generals Mei nach Singanfu marschiren, um dem Kaiser bei der Rückreise nach Peking als Vorhut zu dienen.

Ueber die geplante neue Strafaktion der Mächte in China sind schon wieder erhebliche Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen. Zu sehr gemüthvoll auserwählter Stunde, da die beiden Boxerführer in Peking hingerichtet wurden, hielten die Vertreter der Mächte eine Versammlung ab, um die Frage zu besprechen, ob weitere Hinrichtungen nothwendig wären. Die Mehrheit der Vertreter, bestehend aus dem englischen, dem amerikanischen, japanischen, italienischen, spanischen und russischen Botschafter, bekämpften diesen Vorschlag; die Minderheit (Es blieben noch Deutschland und Frankreich. D. Red.) war der Ansicht, daß in jeder Stadt, wo Fremde mißhandelt worden sind, ein Beamter geköpft werden müsse. — Die Isolirung der deutschen Kreuzzugspolitik wird also immer fühlbarer.

Drei italienische Kriegsschiffe nahmen, wie Reuter meldet, im Nimrodsund, südlich von Ningpo, Vermessungen vor. Die Mannschaften errichteten Baracken am südlichen Ufer des Sundes. — Die „Agenzia Stefani“ hält es jedoch für vollkommen unbegründet, daß die italienische Regierung damit umgehe, von einem Gebiet an der Nimrodbai Besitz zu ergreifen.

Graf Waldersee meldet aus Peking: Die Uebergabe der Peking-Schanghaikwan-Bahn an die englische Armeeleitung wurde ohne Schwierigkeiten beendet.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 52. Sonnabend, den 2. März 1901. 8. Jahrgang.

Die Naphtha-Katastrophe in Baku.

Wir haben unsere Leser von der schrecklichen Katastrophe in Kenntniß gesetzt, die in den ersten Tagen des Februar die Stadt Baku heimsuchte. Nun veröffentlicht die „Frankfurter Volksstimme“ eine ausführliche Darstellung der Vorgänge, aus der hervorgeht, daß es auch hier die ungezügelte Profitwuth der Bakuer Millionäre ist, welche die Schuld trägt, daß das Unglück so entsetzliche Dimensionen annahm. Doch folgen wir den Darstellungen genannten Blattes:

Baku ist in den letzten Jahren ein Dorado für den leichten Verdienst geworden. Die große Entwickelung der Naphtha-Industrie, die Erbohrung immer neuer Quellen im unerschöpflich reichen Boden bewirken den großen Aufschwung, das riesige amerikanische Wachsthum dieser Stadt, die heute eine ganz eigenartige internationale Bevölkerung aufweist. Das russische Element innerhalb dieser Bevölkerung tritt völlig zurück, es beschränkt sich eigentlich nur auf die Beamten in den behördlichen und administrativen Institutionen und auf einige Tausende russischer Schwarzarbeiter, von denen ein großer Theil aus paßlosen, vorbestraften Individuen, aus Sibirien entlaufenen Sträflingen und allerlei lichtscheuem Gesindel besteht, das Arbeit bei der Ausbeutung der Petroleumquellen findet. Die Besitzer der Letzteren, die wahren Herren Bakus, sind theilweise Ausländer: Schweden, Franzosen, Engländer oder russische Tataren und Armenier. Der letztgenannte Volksstamm spielt von Jahr zu Jahr mehr die leitende Rolle auf dem Kaukasus, besonders in ganz Grusien. Der Grusinier betrachtet die Arbeit als entehrend für das edle Blut, das in seinen Adern wallt, während der rührige Armenier womöglich 25 Stunden des Tages thätig ist und in der Fertigkeit, seinen Mitmenschen auszubeuten, auf Erden seines Gleichen nicht hat. Nicht umsonst spricht ein russisches Erfahrungswort bereits dem Griechen die Fähigkeit zu, drei Teufel betrügen zu können, während der Armenier mit Leichtigkeit drei Griechen über's Ohr zu hauen vermöge. Wie in allen über Nacht entstandenen Industrieemporien, wo nur der schnelle Erwerb die Menschen anlockt, sind auch in Baku nicht die geringsten Maßnahmen getroffen, den einfachen Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein und Sicherheit für ihr Leben bei dem gefährlichen Betriebe zu bieten. Die Leute sind auf sich selbst angewiesen, bauen ihre Baracken in nächster Nähe der großen Naphthareservoire und beobachten nicht einmal die nothwendigsten Vorsichtsmaßregeln. Die Bakuer Millionäre wiederum kümmern sich nicht um das „Arbeitervieh“, und die Stadtverwaltung — nun, die besteht aus diesen Millionären, während die Polizei, wie in ganz Rußland, so hier doppelt und dreifach aus der Hand frißt.

Am 3. Februar gerieth ein kolossales, aus Erde aufgeworfenes Reservoir mit Naphtharückständen, der Kaspisch-Schwarzmeergesellschaft gehörig, aus bis jetzt unaufgeklärt gebliebener Veranlassung in Brand. Sechs Millionen Pud befanden sich in diesem Feuerkrater. Das an den Brand von Naphthafontänen doch so gewöhnte Baku hatte ein solches Schauspiel noch nie gesehen. Gleich einem feuerspeienden Berge rauchte und flammte das Riesenreservoir, die Stadt und die ganze Umgegend bis weit ins Meer hinaus tageshell erleuchtend. Tausende von Menschen beobachteten das grandiose Schauspiel. Die Arbeiter waren Tag und Nacht beschäftigt, die benachbarten Reservoire und Magazine zu schützen, die alle auf einer zum Meere abfallenden Böschung liegen. Auf derselben Böschung und zwar unterhalb der Naphthawerke liegt eine ganze Arbeiteransiedelung. In dem brennenden Reservoir — das man sich wie einen Feuersee vorstellen muß — befand sich am Boden, wie das in Baku gebräuchlich ist, etwa zwei Fuß tiefes Wasser, um das Durchsickern der Naphtha zu verhindern. Für die Ingenieure und Techniker war es klar, daß hier eine Katastrophe eintreten müsse, sobald man das Wasser nicht ablasse. In diesem Sinne boten mehrere Ingenieure der Gesellschaft ihre Dienste an. Diese wurden jedoch dankend abgelehnt, denn — sie kosten Geld, und ein Bakuer Millionär hat keins übrig, wo es gilt, eine allgemeine Katastrophe zu verhindern, in die nicht auch er hineingezogen werden kann. Die Naphtha war so wie so nicht mehr zu retten. Natürlich brach die Katastrophe herein.

Am 4. Februar Abends, nachdem ein Theil der Naphtha verbrannt war, und der Rest sich bis an den Boden erhitzt hatte, gerieth das unten befindliche Wasser in Siedehitze und suchte, Dämpfe bildend, einen Ausweg. Mit furchtbarem Getöse brach schließlich das Wasser durch die Masutschicht hindurch, das ganze brennende Erdöl wallte auf, und — der feurige See trat über die schützenden Erdwälle und ergoß sich als ein Feuerstrom mit großer Geschwindigkeit die Böschung hinunter in die Straßen und Häuser der Arbeiter, die sich soeben zum Abendessen niedergesetzt hatten. Im Nu brannte die ganze Ansiedelung, es war Alles in ein Feuermeer verwandelt. Selbst viele Zuschauer, die auf das Ereigniß vorbereitet waren, konnten sich nicht retten, gleich brennenden Fackeln eilten sie hin und her, bis sie hinsanken und im Lavastrom verschwanden.

Die Arbeiter, welche sich noch retten konnten, haben nur das nackte Leben davongetragen und freuen sich auch dessen, denn Viele konnten nicht mehr aus den Thüren ihrer brennenden Häuser heraus, die ringsum von dem schrecklichen brennenden Strom umgeben waren. Wie viel Opfer die Katastrophe erfordert hat, wird kaum je festzustellen sein. Die höllische Hitze, welche die brennende Naphta entwickelt — sie ist dreimal so stark wie Steinkohlenhitze — bewirkte es, daß die Erdoberfläche, wo es brannte, wie Lava verglaste. Die Menschen, die da hineingeriethen, verbrannten einfach zu Asche, so daß man ihre Knochen nicht einmal finden wird. Die meisten Arbeiter standen allein da. Viele Tausende lebten in der verbrannten Arbeiterstadt, eine Menge Paßloser. Wer kennt ihre Namen? Wer wird nach ihnen fragen? Der stellvertretende Gouverneur von Baku sandte ein lächerlich albernes Telegramm nach Petersburg; er meldete, man habe nur 18 Leichen gefunden. Unter besonders ungünstigen Umständen hätte man keine einzige Leiche „finden“ können, weil die Menschen eben zu Asche verbrannten. Nach oberflächlichen Schätzungen der Arbeiter und Beamten Bakus scheint es, daß mindestens zweihundert Menschen ums Leben gekommen sind, in Wirklichkeit werden es wohl viel mehr sein. Ueber 150 Menschen haben Brandwunden davongetragen und liegen in den Hospitälern Bakus, täglich sterben einige von ihnen. Der materielle Schaden der Arbeiter beträgt gegen 300 000 Rubel, der Gesammtschaden an Gebäuden und verbranntem Masut über 2 Millionen.

Solche Katastrophen könnten nie eintreten, wenn man die Naphthaindustriellen verpflichten würde, die Reservoire mit hohen Erdwällen und tiefen gemauerten Abzugsgräben zu umgeben, für die vielfachen Millionäre und Monopolisten eine Kleinigkeit. Nachdem so viele Menschen ihr Leben verloren haben, wird hoffentlich dem sträflichen Schlendrian der Bakuer Krösusse ein Ende gesetzt werden.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Auf der Heyeschen Glasfabrik in Nienburg a. d. W., ist nunmehr, nachdem die Kündigungsfrist abgelaufen und alle Verhandlungen fruchtlos geblieben sind, der Streik der Glasarbeiter ausgebrochen; von 600 Arbeitern sind nur noch 4 Ballonbläser und 64 Lehrlinge thätig. — Der Generalstreik der Barbier- und Friseurgehülfen in Berlin, der schon seit längerer Zeit geplant wird, soll am 1. April in Szene gesetzt werden. Die Lohnkommission hat die an die Barbierherren zu stellenden Forderungen bereits ausgearbeitet. — Die Arbeiter der mechanischen Schuhwaaren-Industrie in Berlin treten in eine Lohnbewegung ein. In einer Versammlung am 26. Febr. wurde berichtet, daß sich die Lage der Arbeiter in der letzten Zeit ganz außerordentlich verschlechtert hat. Nicht nur daß die Lebensmittelpreise erheblich gestiegen sind, ist auch der Verdienst wesentlich geringer geworden. Wenn auch die Fabrikanten keine direkten Lohnreduzirungen vorgenommen haben, so sind solche doch vielfach auf verschiedenartigen Umwegen zu Stande gekommen. Die besser bezahlten Arbeiter sind nach und nach entlassen worden, an deren Stelle hat die weibliche Arbeitskraft immer mehr Eingang gefunden, neue Maschinen wurden aufgestellt und die Arbeiter dadurch noch mehr ausgebeutet. Von der Versammlung wurde beschlossen, in Rücksicht auf die allgemeinen wirthschaftlichen Krisen, die auch die Schuhindustrie ungünstig beeinflussen, bis auf Weiteres von einer strikten Durchführung des Minimallohn-Tarifes durch einen Generalstreik Abstand zu nehmen, doch soll es den Arbeitern in solchen Fabriken, welche die schlechtesten Löhne bezahlen, überlassen sein, den Verhältnissen entsprechende Lohnforderungen zu stellen.

Der Ortsverein Berlin des Metallarbeiterverbandes wählte am Sonntag zum zweiten Bevollmächtigten das Mitglied Cohen mit 793 Stimmen. Auf den angeblichen Anarchisten Pawlowitsch, dem vom Hauptvorstand des Verbandes die Bestätigung versagt worden war, entfielen 454 Stimmen.

Beschlagnahme. Die von der Genossin Rosa Luxemburg verfaßte Broschüre „Wobronie narodowosci“ (Zur Vertheidigung der Nationalität) ist auf Beschluß des Amtsgerichts Posen beschlagnahmt worden. Von der Broschüre, die bereits seit drei Monaten unbeanstandet vertrieben wird, sind nur noch etwa 600 Exemplare vorhanden gewesen. 10 000 Stück waren gedruckt. Angeblich soll der Kultusminister beleidigt worden sein.

Die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, Ottilie Baader, veröffentlicht in der „Gleichheit“ einen Bericht über ihre bisherige Thätigkeit seit der Mainzer Konferenz. Daraus ist zu entnehmen, daß auf ihre Anregung seitdem in 25 Orten weibliche Vertrauenspersonen gewählt worden sind. Von einer inzwischen gewählten Kommission ist ein Flugblatt ausgearbeitet worden, das den Arbeiterinnenschutz behandelt und in 53 Orten in 100 060 Exemplaren verbreitet wurde. Die Resolution, die die Forderungen für den Arbeiterinnenschutz formulirt, ist in Form einer Petition sämmtlichen Reichstagsabgeordneten zugestellt worden. Der Bericht konstatirt gegen früher eine bedeutend regere Antheilnahme der Frauen an der Arbeiterbewegung. Außer sehr vielen einzelnen Versammlungen, in denen Frauen als Referenten thätig waren, haben mehrere Agitationstouren stattgefunden. So in Sachsen, in den Hamburger Kreisen und im Vogtlande. Augenblicklich weilt eine Genossin im Thüringer Wald, um in den elenden Centren der dortigen Spielwaaren-, Glasperlen- und Griffelindustrie u. s. w. das Werk der Aufklärung zu betreiben. Demnächst wird eine Genossin unter den armen schlesischen Arbeitern und Arbeiterinnen agitiren. Der Mitarbeit in den Gewerkschaften ist seitens der Genossinnen eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet worden.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit der Staatsarbeiter in Norwegen hatte das Storthing im vorigen Jahre beschlossen, nach und nach einzuführen. Von Neujahr ab ist die Arbeitszeit in den Werkstätten der Staatsbahnen von 59 Stunden wöchentlich auf 53 Stunden herabgesetzt worden, ohne Kürzung der Löhne. In den Militär- und Marinewerkstätten besteht die 53stündige Arbeitszeit schon längere Zeit. Hier soll nächstens versuchsweise der Achtstundentag eingeführt werden. Und Deutschland??

Landesversammlung der badischen Sozialdemokraten. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dreesbach fand am Sonnabend und Sonntag in Offenburg die elfte Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Badens statt. Redakteur Fendrich vom „Volksfreund“ in Karlsruhe erstattete Bericht über die Thätigkeit der Landtagsfraktion. Er führte u. A., nach der

Frauenloos.

Roman von E. Bely.

25. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Fine geht, den Kopf gesenkt, dahin, das Kind ist mit den Süßigkeiten beschäftigt und fragt und plaudert nicht mehr. Da stört sie nichts in ihren trüben und zornigen Gedanken. Daß der Anton das gekonnt hat, sich zu überwerfen mit dem Manne, ihr den Verdienst rauben, das Geld im Voraus erheben und dann kein Wort zu ihr. Grob gegen den und feige gegen sie. Was ist aus dem Anton geworden, der um sie geworben hat, der ihr und den Eltern eine Zukunft ausmalte — die so himmelweit von der Gegenwart verschieden war. Nur immer Demüthigungen ausgesetzt sein. Erst vorhin, der Frau gegenüber und jetzt! Wie hat sie sich vor dem Wiepert geschämt, der mit seinen klugen Augen weiter und tiefer blickte, als nach außen schien. Ganz Altkein wird bald Mitleid mit ihr haben und das ist schlimmer, als verspottet zu werden, das thut weher!

Ihre Füße werden ihr plötzlich so schwer, sie muß sich einen Augenblick ausruhen und setzt sich auf eine grünüberwucherte kleine Erhebung, es wird Unkraut und Schutt sein, welches die Leute aus ihren Gärten geworfen haben und die nun zu einem grünen Hügel geworden sind.

„Hier ist es schön,“ sagt sie zum Kinde. Hannchen nickt und springt über den leeren Wassergraben hin und her. —

Die Stille und Abgeschiedenheit, der Duft aus den Gärten, die weiche Abendluft thun Fine wohl. Sie möchte es auch einmal so gut haben, einen Tag im Freien zu verbringen. Der Wald ist nah, sie kommt nicht hinein, die schönen Plätze sind überall, sie hat sie nicht wieder gesehen, seit sie so angestrengt arbeiten muß. Anton freilich, der hat Zeit und Lust hinauszugehen und kann er ihre Gesellschaft nicht haben, ist's ihm nicht leid. Er sucht andere und findet sie. Julie Thomas!

Daß die beiden im Gerede der Leute sind, ist ja nicht zu verwundern. Die Menschen klatschen gern, warum nicht über das, was sie angeht. Sie faßt mit beiden Händen nach ihren pochenden Schläfen. Mögen sie! sie weiß, was ihr der Anton zugeschworen hat, da beim Leben des süßen, blonden Geschöpfes. Neidisch ist sie ja auf die Julie, das muß sie sich ehrlich zugeben, auf ihre Fröhlichkeit, Geschmeidigkeit, ihre Lebenslust und die Gewalt, die sie ausübt über ihren Mann. Denn der folgt jedem ihrer Winke, wie ein Hündchen. Aber — eifersüchtig? Nein! das nicht, nein. Es ist traurig, daß sie dem Anton mit ihrem Ernst langweilig ist, daß er sich ihr entfremdet — aber er ist nun einmal lebensfroh. Das ist seine Natur und sein Recht und sie kann sich auch nicht anders machen, als wie sie ist, brauchts gar nicht zu versuchen. Es wird nie gelingen! Im Grunde seines Herzens hat Anton sie doch noch lieb, unter seinem Leichtsinn, da steckt es doch. Und sie ihn auch, ganz gewiß. Nur der Groll, der zuweilen aufsteigt, in Herz und Kopf bei ihr, der macht sie bange. Sie kann ihn oft gar nicht bemeistern. Und das ist so schrecklich, daß sie so reizbar geworden ist.

Unten, auf einem der Dörfer läuten sie. Vielleicht gilt's einem Todten, vielleicht einem Begräbniß. Wenn die friedlichen Töne doch Macht über sie hätten!

Sie neigt den Kopf und faltet die Hände im Schoß. Wie viel Unfrieden und Untiefen es in einem Menschenherzen giebt! Es steigen Regungen jetzt in ihrer Seele auf, die sie früher nicht gekannt hat: Hader, Haß, Neid — und da kommt immer Julie Thomas, ihr rother Kopf mit in die Höhe, als schösse er wie eine Giftblüte aus dem Unkraut empor.

Es fängt an dämmerig zu werden, graue Schatten sinken auf die Bergspitzen herab, Nebelschleier lagern sich über den Thälern, die Vogelstimmchen sind still geworden, auch ihr Hannchen jauchzt nicht mehr. Es kauert neben der Hecke drüben und spielt mit ein paar Steinchen, müde, lässig.

Sie springt auf. „Komm, Kind, wir müssen nach Hause.“

Nach Tante Bettche?“

„Ach, dazu ist's zu spät, dahin gehen wir morgen.“

„Morgen!“ wiederholt Hannchen gehorsam und faßt die Hand der Mutter. Fine beschleunigt ihre Schritte, sie hat sich versäumt und verträumt, es ist nun ganz gerecht, wenn sie ihren Zorn gegen sich selber richtet. Wenn sie an der Maschine sitzt, hat sie auch Zeit, ihren Gedanken nachzuhängen. Aber das ist nicht so. — Sie zieht, sich umblickend, die Luft noch einmal mit vollen Zügen ein. Wie fest das Kind wohl schlafen wird nach dem Gang — und sie auch. Nun durch die Straßen. Sie wählt die entlegensten und leersten Gassen. Sie mag nicht denken, daß die Menschen, die jetzt auf Bänken und Stufen vor den Häusern sitzen, hinter ihr her sprechen: „Das ist dem Anton seine Frau. Sieht auch aus“ — nein, das Wort heruntergekommen, das darf sie nicht einmal denken, das ist zu schrecklich.

Fast ist's schon ganz dunkel, als sie vor ihrer Wohnung ankommt. Aus den Fenstern derselben blinkt kein Licht, so ist Anton nicht da, vielleicht auch Julie nicht. Möglich, daß die in ihrer Stube ist. Aber der kleine, fleißige Flickschneider, der auf demselben Hausflur mit ihnen wohnt, der sitzt bei der Arbeit. Auch von oben, aus den Fenstern der Korbflechterfamilie leuchtet Lichtschein, alles arme, fleißige Leute.

Sie kommt die Stufen herauf, während Hannchen schwatzt und fragt. Da öffnet sich drüben die Thür, ehe sie anklopfen kann.

Sie giebt, wenn sie einmal ausgeht, dem Schneider Zeggler den Schlüssel, der sitzt immer auf seinem Platz und ist ein treuer Wächter.

„Da sind Sie ja endlich, Frau Bessing!“

„Ja, habe mich verspätet — es war so schön draußen!“

Der kleine Mann mit der hohen Schulter steht in dem

„Frkf. Ztg.", aus, daß eine Budgetverweigerung, da die Forderungen des Budgets in der Hauptsache Kulturzwecke beträfen, nur in hochwichtigen politischen Fragen in Betracht kommen könne. In der Frage des Wahlrechts zum Landtag vertrat der Redner das System der Proportionalwahl. Weiter bemerkte er, Minister Schenkel nehme in sozialpolitischer Beziehung eine rückläufigere Stellung ein als sein Vorgänger. Der Redner schloß mit dem Wunsche, die Fraktion möge im Landtage unter Hochhaltung des Parteiprinzips praktische Gegenwartspolitik leisten, die dahin gehe, nicht das Wünschenswerthe, sondern das Erreichbare durchzusetzen. In der Debatte wurde der Fraktion stark zu Leibe gerückt; werde sie, wie geschehen, von Fieser (dem Führer der badischen Nationalliberalen. Red. d. L. V.) oder gar von der Regierung ob ihres „maßvollen Verhaltens" gelobt, so sei das ein Vorwurf, den sich eine revolutionäre Partei nicht zu Schulden kommen lassen dürfe; leider sei die Sozialdemokratie heute vielfach auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie gekommen. Dreesbach bekämpfte diese Anschauungen; der Wähler verlange auch praktische Arbeit, diese sei aber nicht durchzuführen bei dem ewigen Hervorkehren der Endziele. In dem Schlußwort hob Fendrich hervor, daß die Bernsteinbewegung, die sich auch heute wieder geltend gemacht habe, nichts Anderes sei als der Kampf gegen die Tyrannei der öffentlichen Meinung, die mit alten überwundenen Begriffen neue Effekte hervorbringen wolle; das sei nichts weiter als das alte Rezept, die künstliche papierne Blume der Revolution zu begießen. Auch das Wort von dem „Endziel" sei nahezu ein Götzendienst geworden; denn ein Endziel gebe es für Niemanden, wie man denn auch von der naiven Ansicht abgekommen sei, als ob der „große Kladderadatsch" demnächst bevorstehe. Die Hauptsache für die Sozialdemokratie sei und bleibe die Emanzipation von der revolutionären Phrase. (Zuruf Adolph Gecks: Und von der Bourgeoisie!) Abg. Dreesbach referirte sodann über das Landtagsprogramm. Der Entwurf wurde ohne Debatte angenommen. Redakteur Eichhorn-Mannheim referirte über das Gemeindeprogramm. Auch dieses Programm wurde en bloc angenommen. Des Weiteren erörterte Abg. Dreesbach die Frage der Taktik bei den Landtagswahlen und befürwortete wie schon im Jahre 1897 ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, soweit daraus ein Erfolg der Partei zu erwarten sei. Alle Kassandrarufe von der Versumpfung der Partei hätten glücklicher Weise nicht dazu geführt, eine andere Taktik einzuschlagen. Heute arbeite man auch in den Parlamenten mit anderen Parteien und gewiß nicht zum Schaden der eigenen Partei. Bei dieser Gelegenheit möchte er auch hervorheben, daß die Partei, sobald ihre Stärke im Parlament Anspruch auf eine Stelle im Präsidium erheben könne, diesen Anspruch geltend machen solle, unbeschadet der Konsequenzen repräsentativer Art. In der Debatte wurde die vorgeschlagene Taktik im Allgemeinen anerkannt, dabei aber auch nicht verhehlt, daß mit dem Kampfe gegen den Nationalliberalismus die Stellung des Zentrums verstärkt werde, dem Minister Schenkel eine gewisse Regierungsfähigkeit in Aussicht gestellt habe. Andererseits sei, wenn heute der Nationalliberalismus in der Wahlrechtsfrage aus der Noth eine Tugend mache, doch für die Wahlen die größte Vorsicht zu gebrauchen und nach wie vor die alte Wahltaktik im Zusammengehen geboten. Schließlich wurde noch ein Antrag gegen die Getreidezölle angenommen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Eine Liebes-Tragödie fand Montag vor dem Schwurgericht in Bonn ihren Abschluß. Der Müllerknecht Anton Mommig aus Euskirchen hatte mit der Dienstmagd Elisabeth Düren aus Roitzheim ein Verhältniß unterhalten, das nicht ohne Folgen geblieben war. Als Mommig nun eine Andere heirathen wollte, jagte ihm die Düren eine Kugel in den Leib. Der schwer Verletzte beschwor später vor dem Gericht, daß er mit der Düren überhaupt keinen intimen Verkehr gepflogen habe. Das Mädchen erhielt 2 Jahre Gefängniß. Nunmehr griffen dessen Angehörige die Sache auf, und brachten es dahin, daß Mommig wegen Meineids zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde. — Ein Attentat wird aus Lüttich gemeldet: Ein gewisser van Michelen feuerte Dienstag in der Straße Pont-Avroy wegen Eifersüchteleien auf einen Mann einen Revolverschuß ab und verwundete ihn schwer. Ein zweiter Schuß traf die gerade vorübergehende Frau des deutschen Konsuls Lambert Neumann, welche eine schwere Verletzung im Unterleib erhielt. Ihr Zustand ist ernst. Der Schuldige wurde verhaftet.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vor der Strafkammer in Braunschweig hatte sich der Ackermann Christoph Peckmann aus Frellstedt wegen dreier Majestätsbeleidigungen zu verantworten. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu neun Monaten Gefängniß. Dem Einwand des Angeklagten, er habe sich bei Begehung der strafbaren Handlung in einem Zustande befunden, welcher seine freie Willensbestimmung ausschließe, erklärte das Gericht sich nicht anschließen zu können. Vor demselben Gericht hatte sich ferner der Schuhmachermeister Hauer aus Wendeburg wegen Beleidigung des Prinzen Albrecht, des Regenten von Braunschweig, zu verantworten. Das unter Ausschließung der Oeffentlichkeit gefällte Urtheil lautete auf kostenlose Freisprechung.

Militärgerichtliches. Aus Furcht vor dem Vorgesetzten beinahe meineidig geworden wäre in einer Verhandlung, die Dienstag vor dem Kriegsgericht der 2. Garde-Infanterie-Division in Berlin stattfand, eine ganze Anzahl von Zeugen. Der Unteroffizier Strohwisch von der 5. Kompagnie des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments hatte sich wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Am 17. d. Mts. revidirte St. die Waffen seiner Korporalschaft. Er nahm das Gewehr des Grenadiers Ziege und fand, daß der Lauf nicht sauber gereinigt war; darüber aufgebracht, stieß er den Kolben der Waffe dem Grenadier heftig ins Gesicht. Am nächsten Tage fiel es dem Kompagniechef auf, daß Ziege mit einem blauen geschwollenen Auge zum Dienst kam; er fragte den Grenadier nach der Ursache der Verletzung und ließ den schuldigen Unteroffizier, nachdem die Angelegenheit an den Tag gekommen war, vor das Kriegsgericht stellen. Zu Beginn der Sitzung betheuerte der Angeklagte den Richtern gegenüber seine Unschuld. Er sei erregt gewesen darüber, daß Z., anstatt die Waffe bereits am Sonnabend gereinigt zu haben, dies 24 Stunden verabsäumt hätte. In seiner Nervosität habe er dem Grenadier mit dem Kolben vor dem Gesicht herumgefuchtelt und dabei wäre der ganz unabsichtliche Stoß mit dem Kolben erfolgt. Als erster der Zeugen wurde der Mißhandelte, Grenadier Ziege, vernommen. Er gab fast genau dieselbe Darstellung von dem Vorfall, wie der Angeschuldigte. Vor Abnahme des Eides mahnte der Richter wie üblich den vor ihm Stehenden, jetzt noch vor Ablegung des Eides sich zu besinnen, ob er die reine, volle Wahrheit gesagt, nichts hinzugesetzt und nichts wissentlich verschwiegen habe. Da schwieg der Zeuge, der blaß und zitternd vor dem Richter stand, und vermochte auf alle die eindringlichen Fragen und Ermahnungen des Verhandlungsführers und des Staatsanwalts vor innerer Erregung kein Wort hervorzubringen. Dann aber mit einem scheuen und furchtsamen Blick nach dem auf der Anklagebank sitzenden Unteroffizier, gleichsam als ob er unter geheimen Banne des Vorgesetzten stände, erzählte der Rekrut leise und zögernd, daß er auch noch von Strohwisch geohrfeigt worden sei. Wieviel Schläge er empfangen hätte, darauf könne er sich nicht entsinnen. „Und weiter hat Ihnen der Unteroffizier nichts gethan?" fragten Ankläger und Verhandlungsführer wie aus einem Munde. „Dann hat mich der Herr Unteroffizier mit einem Besenstiel geschlagen, als ich aus Furcht vor weiteren Ohrfeigen nach der Thür zu flüchtete." „Was geschah Ihnen dann?" inquirirte der Verhandlungsführer weiter. „Dann hat der Unteroffizier das Seitengewehr gezogen und mich damit mißhandelt", bekannte nunmehr Z. Auch weitere Zeugen wollten anfangs nichts gesehen haben, erst auf eindringliches Ermahnen und Hinweisen auf den Eid gaben sie zögernd die weiteren Verfehlungen des Unteroffiziers zu. Jetzt endlich gab der Angeklagte das System des hartnäckigen Leugnens, das er bis dahin beobachtet hatte, auf. Er gestand seine Vergehen gegen Ziege in vollem Umfange ein. In seinem Plaidoyer meinte der Staatsanwalt, daß die Verhandlung ein erschreckendes Bild ergeben habe und daß die Zeugen vor dem Vorgesetzten sich beinahe zu der schwersten Sünde, dem Meineide hätten verleiten lassen. Der Antrag lautete auf 45 Tage Gefängniß. Mit Rücksicht auf die große Jugend des Angeklagten sah der Staatsanwalt von einem Antrag auf Degradation ab. Nach längerer Berathung erkannte der Gerichtshof auf dieses Strafmaß. Mit dieser gelinden Bestrafung vergleiche man nun folgenden Fall, der sich in Halle a. d. Saale vor dem Kriegsgericht der 8. Division abspielte. Dort wurde am Sonnabend der Husar vom 12. Regiment in Merseburg Paul Dieburg zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Angeklagte hatte von dem Unteroffizier Liebing wiederholt Befehl erhalten, das Pferd eines andren Unteroffiziers fertig zu putzen und war dem Befehle nicht nachgekommen, da er annahm, er habe das Pferd ordentlich geputzt. Der Verhandlungsführer Kriegsgerichtsrath Koch entgegnete dem Angeklagten, daß er hätte den Befehl doch ausführen müssen und wenn er das Pferd zehnmal geputzt hatte. Als strafverschärfend wurde in Erwägung gezogen, daß der Angeklagte disziplinarisch vorbestraft ist, weil er eine ihm von einem Unteroffizier gestellte Frage respektwidrig beantwortet und auf eine andre Frage eine freche Antwort gegeben haben sollte. Der Angeklagte habe in grober Weise gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung verstoßen, hieß es in der Urtheilsbegründung. Kommentar ist durch die Gegenüberstellung der beiden Verhandlungen überflüssig geworden.

In den Annalen unserer Rechtsprechung dürfte es wohl einzig dastehen, daß ein Geschworener über seinen Gesundheitszustand vereidigt wird. Die Verhandlung in einer Todtschlagsaffäre am Landgericht II in Berlin wurde nun aus einer solchen bisher wohl kaum dagewesenen Veranlassung jäh unterbrochen. Ein Geschworener erklärte nach geschehener Auslosung und Vereidigung der Geschworenen und nach dem Zeugenaufrufe plötzlich, er fühle sich dermaßen unwohl, daß er unmöglich der Verhandlung folgen könne, da er jeden Augenblick einen Schlaganfall befürchte. Der Vorsitzende nahm ihm auf diese Versicherung einen Eid ab und schloß, da nicht mehr so viel Herren anwesend waren, als zur Bildung einer neuen Geschworenenbank erforderlich sind, die Sitzung.

„Aufrührer und Landfriedensbrecher". In Eisenach wurde dieser Tage vor der dortigen Strafkammer ein Prozeß verhandelt, dessen Vorgeschichte im Mai v. J. in Creuzberg bei Eisenach gespielt hat. Am Sonntag, den 13. und Montag, den 14. Mai v. J. feierten die Maurer und Zimmerer in Creuzberg ihr Gewerkschaftsfest. Wie dies bei derartigen Festen üblich, fand u. A. auch ein Umzug durch die Straßen des Orts statt, und hatten die Feiernden ihre Winkeleisen, sowie Stäbe mit rothen Bändern mit im Zuge. Von Seiten des Gendarmen sowie des Bügermeisters wurde dem ganzen Feste von Anbeginn an etwas mißtrauisch begegnet, und namentlich das Tragen der rothen Bänder, sowie das Singen von Gewerkschaftsliedern und das Halten von Reden als eine Art Revolution ansehen. Als an dem fraglichen Sonntagabend es bei der Feier laut herging, wurden vier Personen wegen Ruhestörung zur Anzeige gebracht. Am darauffolgenden Montag wurde nach Auffassung der Ortsobrigkeit der Skandal fortgesetzt. An diesem Tage nahm der Gendarm eine Revision der Gastwirthschaften vor und fand in der Wirthschaft zum „Rathskeller" wieder eine Anzahl von Maurern vor, die biertrinkend und ziemlich laut singend dasaßen. Er holte den Bürgermeister und dieser alarmirte gegen die „Aufrührer" die Feuerwehr. Die Feuerwehrleute verdroschen nun die in der Krugstube sitzenden Maurer und Zimmerer nach allen Regeln der Kunst und führten eine Anzahl von ihnen in's Spritzenhaus. Der ganze Vorfall, der s. Zt. als Aufruhr und Landfriedensbruch angesehen worden war und zu welchem ein gar gewaltiger Apparat in Bewegung gesetzt wurde, stellte sich als ziemlich harmlos heraus und beantragte selbst der Vertreter der Staatsanwaltschaft zum Theil Freisprechung, resp. nicht hohe Strafen. Das Resultat der ganzen Staatsaktion war, daß die meisten freigesprochen wurden, andere wurden mit 6 Mk. Geldstrafe bedacht und nur wenige erhielten ein paar Wochen Gefängniß wegen Körperverletzung. — Man kann aber aus diesem Fall ersehen, wie leicht man zu einem „Aufrührer" werden kann.

Einen Offiziersbrief aus China veröffentlicht die „Neubrandenburger Zeitung". Der Offizier schreibt seinem „hochverehrten Cousinchen" u. A.: „Gefährliches und Grauenhaftes habe ich nicht erlebt, wenn Du darunter beständiges Waten im knietiefen Blute meinst. Dagegen haben sie mich nur mit Granaten, die dicht neben mir einschlugen, aus dem Schlaf geweckt und mir sonst einigemal nach dem Leben getrachtet, was ihnen aber nicht glückte; als Belohnung dafür haben wir dann so allmählich 20—30 Boxer erschossen, aber so geringe Zahlen spielen kaum eine Rolle. Hier werden beinahe jeden Tag einige Uebelthäter erledigt, man sieht es sich nur noch selten an, da das Interesse dafür schon ziemlich abgestumpft ist. Wie Du siehst, bin ich schon der richtige rohe Kriegsknecht geworden, der für die Feinheiten europäischer Sitte kaum noch Verständniß hat." — Weil es das Zeugniß eines Offiziers ist, wird man wohl nicht von Uebertreibungen, Aufschneidereien und Phantasien zu reden wagen.

Lichtschein, welcher aus seiner geöffneten Thür über ihn hinfällt.

„So, so. Ja, ja."

„Mein Mann ist wohl noch nicht da?"

„Schon dagewesen, Frau Beßing. Und soll sagen, daß er wieder fort ist. Nach der Annühle — da giebt's heute Kirchweih und den guten Zwetschenkuchen. Da wird wohl ganz Alstein hingemacht sein."

„Ja, viele Leute haben ja für so etwas Zeit und Lust."

„Haben sie. Ja, ja. So, so."

„Wir nicht, Sie und Ich!" meint die blasse Frau und versucht zu lächeln. „Wir sind Stubenhocker."

„Fräulein Julie hat absolut gewollt, daß ich auch mitkomm. Sie wollte auch 'n Walzer mit mir tanzen. Hatte ihr grünes Kleid an und den Blumenhut — ja, die macht sich! Das is wahr! Aber es war bloß 'n Witz, Frau Beßing. Ich kann gar nicht tanzen."

Julie hat sich geputzt — das thut sie immer, sie kann das.

„Und früh kommen sie mit wieder."

„Die beiden — Julie und er."

Der Schneider nickt; er reicht ihr den Schlüssel und während sie in das Schloß schiebt, sagt er:

„Aber die Hauptsach'! Sie haben einen feinen Besuch verfehlt — ein ganz feiner fremder Herr ist dagewesen und hat nach Ihnen gefragt und sich so nach allerlei erkundigt."

„Ach, Zeggler, da wollen Sie mir was aufbinden. Wird wohl der Aufkäufer vom Wiepert gewesen sein."

„Der auch. Drin bei mir liegt der Ballen," lacht der kleine Mann. „Aber der andere. Er kommt wieder!"

„Und Sie haben keine Ahnung?"

„Eine schöne goldene Uhrkette hat er gehabt."

„Und — kommt wieder?" sie dreht sich auf der Schwelle um. „Zeggler, das können wir ja abwarten."

Sie macht Licht, während der Schneider ihr diensteifrig den Ballen Sackleinwand herüber schleppt. An der Thür bleibt er stehn. „Frau Beßing, mir sagen Sie's doch, wenn Ihnen etwas besonderes passirt, gelle Se?"

„Ihnen sag' ich's gewiß!"

Er schlurft in seinen ausgetretenen Pantoffeln hinüber. Sie schüttelt den Kopf. Das mag irgend eine Verwechslung gewesen sein. Ein Fremder? eine Sekunde taucht der Gedanke an Bick auf — den hätte Zeggler gekannt. Was braucht sie sich aber auch den Sinn zu zerbrechen — sie giebt dem Kinde sein Abendbrod, legt es ins Bettchen, räumt im Zimmer herum, richtet sich die Arbeit für morgen. Julie und Anton sind tanzen gegangen auf die Kirchweih, sie werden spät kommen. Den Anton nach solchen Ausflügen zu erwarten, hat sie lang aufgegeben. Sie braucht ihre Kräfte für die Arbeit. Das war nicht recht von ihm, mit dem Wiepert, das war — schlecht. Und das Geld hat er natürlich für sich gebraucht, für sich und die Julie. Denn das Wirthshausgehen kostet Geld. Aber — das muß anders werden, nimmt sie sich vor. Keinen Pfennig giebt sie her, als was für das Tägliche sein muß, dann wird er ja sehen, daß er arbeiten muß. Sie schraubt an der Lampe und dreht sich rasch um, weil ein Geräusch hinter ihr ist und sieht einen Fremden plötzlich da stehen. Sie hat seinen Eintritt nicht gehört oder er ist ins Zimmer gekommen, als sie nebenan war. Erst steht sie ein paar Sekunden erschreckt, dann macht sie einige Schritte auf ihn zu. Er ist ganz hellbeleuchtet und sie kennt plötzlich die Augen, das längliche Gesicht, die Haare.

„Fenne!"

„Ja — ich!" Seine Stimme ist's auch, aber seine Haltung ist eine andere, seine Kleidung — wirklich, der ist ein feiner Herr. Der Schneider hat Recht gehabt.

„Fenne — wo kommst du her?"

„Von Brüssel."

Er macht keine Bewegung, läßt sie ganz nahe kommen und seine Hände nehmen.

„Nach all der Zeit, wo du keine Nachricht gegeben hast, wo die Eltern sich geängstigt haben und ich — wir uns auch. Denn, daß das gerade hier passirte." Sie spricht zwischen Lachen und Weinen, die Erinnerung strömt auf sie ein und die Freude will sich Luft machen.

„Ihr sagtet ja alle, aus mir würde nichts. Es ist doch was aus mir geworden."

„Ja, Fenne, das seh ich! lieber Fenne!" und sie zieht ihn an den Tisch und sieht froh-erstaunt in sein Gesicht. Er trägt einen hellen, neuen, gutsitzenden Sommeranzug, sehr feine Wäsche, einen flotten Schlips — da blinkt auch die Uhrkette, das gewahrt sie dann auch. Ja, der kleine Schneider hat sich richtig ausgekannt.

Wenn sie an den Fenne von früher mit der Nachlässigkeit und den ausgetretenen Pantoffeln denkt, der Winters und Sommers den Ofen festhielt, als müsse er ihn vor'm Umfallen hüten. Was haben die paar Jahre aus ihm gemacht!

Die Gleichgültigkeit seines inneren Wesens hat er aber noch, trotz des veränderten Aeußern.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.